

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 56/0228/WP18
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 10.11.2022
		Verfasser/in: Fb 56/120
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 29.09.2022 – öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevona keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
08.12.2022	Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 29.09.2022 – öffentlicher Teil.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Erläuterungen:

keine

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie

07.November 2022

Sitzungstermin:	Donnerstag, 29.09.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:38 Uhr
Ort, Raum:	Glassaal, Kurpark Terrassen, Dammstr. 40, 52066 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Hans Leo Deumens	als Vorsitzender
Ratsherr Sebastian Becker	als Vertreter für Ratsfrau Nathalie Koentges
Frau Uschi Brammert	
Ratsfrau Franca Braun	
Frau Anne Eickholt	
Herr Frank Hansen	
Ratsfrau Pola Heider	bis 19:54 Uhr, als Vertreterin für Herrn Ratsherr Birdal Dolan
Frau Jutta Hennig	
Frau Heike Keßler-Wiertz	
Herr Herbert Kreis	als Vertreter für Herrn Tim Pilz

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 1/26

Frau Marianne Krott	bis 20:15 Uhr
Ratsherr Rolf Schäfer	
Frau Bürgermeisterin Hilde Scheidt	
Frau Caline Strack	
Ratsherr Peter Tillmanns	
Frau Nadine van der Meulen	
Frau Anahid Younessi	Ab 17:15 Uhr
Herr Ratsherr Tjak Zimmer	ab 17:10 Uhr
Herr Dirk Zirbes	ab 20:15 Uhr, als Vertreter für Frau Marianne Krott

Abwesende:

Herr Bürgermeister Holger Brantin	unentschuldigt
Herr Ratsherr Birdal Dolan	entschuldigt
Frau Dr. Catharina Jacobskötter	entschuldigt
Frau Ratsfrau Nathalie Koentges	entschuldigt
Herr Tim Pilz	entschuldigt
Herr Michael Wedepohl	entschuldigt

Gäste:

Frau Heiligmann	Diakonisches Werk Aachen e. V.
Frau Esser	WABe e. V.
Frau Frings	WABe e. V.
Herr Brendel	WABe e. V.
Frau Wagner	Verbraucherzentrale Aachen
Herr Maul	STAWAG
Frau Decker	Solwodi e. V.
Herr Verholen	Caritasverband Aachen-Stadt und -Land e. V.

von der Verwaltung:

Frau Grehling

Stadtkämmerin und Beigeordnete für Finanzen, Recht
und Ordnung - Dezernat II

Frau Duikers

Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
- Leitung

Herr Tönnies

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration - stv.
Leitung

Frau Knabe

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Wölk

Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing

Herr Rahn-Bergner

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

als Schriftführerin

Frau Kehr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.06.2022 – öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0206/WP18

- 3 **Vorstellung des Präventionsprogramms „Wegweiser in der Region Aachen“**
Vorlage: FB 56/0199/WP18

- 4 **Vorstellung der Forster Seniorenberatung**
Vorlage: FB 56/0212/WP18

- 5 **Zwischenfinanzierung EhAP-Projekt „Auffallen - Aufsuchende Beratung wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen“**
Vorlage: FB 56/0208/WP18

- 6 **Soziale Maßnahmen hinsichtlich der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten - es wird mündlich berichtet-**

- 7 **Bericht von Solwodi zur Vernetzung niedrigschwelliger Angebote im Bereich der Prostitution - TO-Antrag der Fraktionen Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, FDP, Die Linke -**

- 8 **Bericht über die Entwicklung der Versorgungssituation suchtkranker und wohnungsloser Menschen - TO-Antrag der SPD-Fraktion - es wird mündlich berichtet**

- 9 **Vergabe von Mitteln aus dem Stadteifonds**
Vorlage: FB 56/0207/WP18

- 10 **Den Wohnwandel beforschen – Auswirkungen der Energiekrise auf das Wohnen**
Vorlage: FB 56/0214/WP18
- 11 **Unterbringung von Geflüchteten; Sachstandsbericht der Verwaltung**
Maßnahmen
Vorlage: FB 56/0209/WP18
- 12 **Entwicklungen Aachen-Pass - TO-Antrag der Fraktion Die Linke vom 31.08.2022**
Vorlage: FB 56/0213/WP18
- 13 **Aktuelle Situation**
a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den
Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG
b) in den Übergangsheimen
c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge/Nationenstatistik
Vorlage: FB 56/0210/WP18
- 14 **Mitteilungen der Verwaltung - öffentlicher Teil -**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.06.2022–nicht öffentlicher Teil:
Vorlage: FB 56/0211/WP18**

- 2 **Mitteilungen der Verwaltung - nicht öffentlicher Teil -**

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022
Seite: 6/26

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Deumens, heißt die Mitglieder des Ausschusses und die Gäste herzlich willkommen und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Deumens informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass Herr Prof. Dr. Sicking und Herr Frankenberger sich krankheits- bzw. urlaubsbedingt entschuldigt hätten.

Im Anschluss wird Frau Jutta Hennig als neue sachkundige Einwohnerin des Seniorenrats im Ausschuss eingeführt und verpflichtet. Dazu spricht Frau Hennig die Verpflichtungsformel.

Herr Deumens erinnert nochmals an die vorab versandten Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 8.

Außerdem informiert er die Anwesenden über eine Tischvorlage der Fraktion „DIE LINKE“ zu TOP 6 der öffentlichen Sitzung, die vor der Sitzung verteilt worden ist („Erweiterter Beschlussvorschlag zu TOP Ö6: Soziale Maßnahmen hinsichtlich der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten“).

Änderungswünsche zur vorgeschlagenen Tagesordnung gibt es auf Nachfrage nicht.

Herr Deumens erklärt, dass er den TOP 8 der öffentlichen Sitzung gegebenenfalls zeitlich nach hinten schieben werde, damit Frau Stadtdirektorin Grehling an der Beratung des Themas teilnehmen könne. Das trifft auf Zustimmung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.06.2022 – öffentlicher Teil

Vorlage: FB 56/0206/WP18

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen, bei drei Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit im Rahmen der Sitzung am 23. Juni 2022:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 23.06.2022 - öffentlicher Teil.

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 7/26

zu 3 Vorstellung des Präventionsprogramms „Wegweiser in der Region Aachen“

Vorlage: FB 56/0199/WP18

Zwei Mitarbeitende des Fachbereichs „Wohnen, Soziales und Integration“ berichten anhand einer Präsentation über die Entstehungsgeschichte, Ziele, Inhalte und (erweiterte) Angebote des Präventionsprogramms „Wegweiser in der Region Aachen“. Die Präsentation findet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift. Hauptziel des Informations- und Beratungsangebots sei es, die Radikalisierung und den Einstieg in extremistische Strukturen zu verhindern (Stichwort: Ausstieg vor dem Einstieg). Besonders hervorgehoben wird von der Verwaltung das Sensibilisierungs- und Workshop-Angebot für Schulen, Vereine, gesellschaftliche Gruppen etc. In diesem Kontext rufen die Mitarbeitenden des Beratungsteams „Wegweiser“ alle Anwesenden dazu auf, das Beratungs-, Informations- und Workshop-Angebot in Politik, Verwaltung und Gesellschaft weiter bekannt zu machen, damit es in Zukunft noch stärker frequentiert werden könne. Außerdem weist die Verwaltung auf die neue Möglichkeit einer Onlineberatung hin, die voraussichtlich ab dem 1. Quartal 2023 bereitstehen werde. Im Rahmen einer Chat-Beratung könnten Hilfesuchende in Fällen von Hate-Speech, Cyber-Mobbing oder anderen Vorfällen dann auch auf diesem zusätzlichen Weg Kontakt mit den Berater*innen aufnehmen. Eine weitere Ausweitung des Präventionsprogramms besteht im Rahmen eines Pilotprojektes in Bezug auf Auslandsbezogenen Extremismus (AEX), im Speziellen auf „Graue Wölfe“.

Frau van der Meulen und Herr Hansen danken den Mitarbeitenden des Teams „Präventionsprogramm Wegweiser“ für ihre wertvolle Arbeit und stellen Nachfragen zu den Fallzahlen der Aussteiger*innenberatung sowie zur Kooperation der Beratungsstelle des Kommunalen Integrationszentrums z. B. mit der KathHO Aachen, Moscheegemeinden und jüdischer Gemeinde. Die beiden Mitarbeitenden der Beratungsstelle bitten im Namen der Verwaltung um Verständnis dafür, dass keine Informationen über Fallzahlen der Beratung und über konkrete Einzelfälle gegeben werden können. Sie verweisen auf öffentlich zugängliche Zahlen des Innenministeriums NRW. Demzufolge habe es seit dem landesweiten Start des Programms NRW-weit insgesamt 30.000 Anfragen gegeben und 6.000 Informationsveranstaltungen bzw. 1.200 Einzelfallberatungen hätten stattgefunden. In Aachen hätten die Berater*innen bisher über 230 Beratungsgespräche geführt. Zur Frage von Kooperationen mit der KathHO Aachen, mit Religionsgemeinschaften und Gemeinden erklärt die Verwaltung, dass solche nicht bestehen würden. Es habe in der Vergangenheit eine Vortragsveranstaltung Kooperation mit der KathHO gegeben. Kooperationen mit Gemeinden oder Religionsgemeinschaften bestünden gegenwärtig hingegen nicht. Allerdings gebe es einen regelmäßigen Austausch über den Arbeitskreis „Dialog der Religionen“ in Aachen.

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 8/26

Herr Deumens dankt den beiden Referent*innen der Beratungsstelle und wünscht ihnen bei ihrer Arbeit weiterhin viel Erfolg.

Einstimmig wird wie folgt beschlossen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 4 Vorstellung der Forster Seniorenberatung

Vorlage: FB 56/0212/WP18

Der Vorsitzende, Herr Deumens berichtet, dass er die Forster Seniorenberatung kürzlich besucht habe und vom dortigen Angebot angenehm überrascht gewesen sei. Er begrüßt Frau Heiligmann zu diesem TOP.

Diese stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Entstehungsgeschichte, Arbeitsschwerpunkte und Organisationsstrukturen des „Pluspunkt-Begegnungszentrums Forst - Forster Seniorenberatung“ vor.

Die Präsentation findet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift.

Exemplarisch spricht Frau Heiligmann folgende Angebote an:

- Begegnungsmöglichkeiten, wie Frauenkreise, Freizeittreff, Frühstückstreff, Fotogruppen, Spiele-Club, Sportangebote
- Bildungsangebote, etwa Workshops zum Umgang mit neuen Medien und Smartphone/Tablet, für Medienkompetenz und journalistisches Schreiben, den Literaturkreis oder die Zeitungsrunde
- Beratungs- und Hilfsangebote, wie z. B. rund um das Thema „Älterwerden“, insbesondere zu speziellen psychosozialen Fragestellungen oder unter dem Aspekt der Vermittlung von (Transfer-)Leistungsangeboten, der Vermittlung von Hilfsangeboten und konkrete Hilfsangebote für Angehörige von Menschen der älteren Generation hinsichtlich des Umgangs mit demenziell veränderten Menschen

Als Herausforderungen nennt Frau Heiligmann z. B. die Themen „Entwicklung eines inklusiven Quartiersangebots“ bzw. eines generationsübergreifenden Angebots, die Akquise weiterer und neuer ehrenamtlich engagierter Menschen sowie den Einsatz senior*innengerechter Soft- und Hardware.

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 9/26

Herr Becker, Frau Bürgermeisterin Scheidt und Herr Tillmanns danken der Berichterstatterin für die geleistete Arbeit und sprechen motivierende Worte für die Zukunft aus. Frau BMin Scheidt äußert sich zuversichtlich, dass durch das im Quartier nun anlaufende Programm „Soziale Stadt“ weitere und neue Chancen für Forst/Driescher Hof entstehen würden. Auf Nachfrage von Herrn Tillmanns berichtet Frau Heiligmann über die Pläne der Seniorenberatung für generationsübergreifende Angebote und Mehrgenerationenangebote. Außerdem spricht sie Beispiele inklusiver Angebote an.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt einstimmig:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 5 Zwischenfinanzierung EhAP-Projekt „Auffallen - Aufsuchende Beratung wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen“

Vorlage: FB 56/0208/WP18

Herr Brendel, Frau Esser und Frau Frings informieren mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation über die (Vor-)Geschichte, die Konzeption, die Ziele und Zielgruppe des aktuellen Förderprojekts. Die Präsentation findet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift. Außerdem geben die Referent*innen einen Überblick über aktuelle Zahlen der Clearing-Wohnung und der Weitervermittlung von Bewohner*innen in andere Formen von Wohnangeboten bzw. Wohnungen des regulären Mietwohnungsmarkts. Schließlich werden die Hintergründe für die notwendig gewordene Zwischenfinanzierung und der Sachstand im Antragsverfahren für die „EhAP+“-Förderung erläutert.

Herr Hansen, Frau van der Meulen, Frau Braun und Frau BMin Scheidt danken den Mitarbeitenden vom WABe e.V. für ihre wichtige Arbeit im Rahmen des Projekts. Im Rahmen der Aussprache werden die Themen

- Kita- und Schulbesuch der Kinder von Bewohnerinnen
- Beratungsangebote der Familienberatungsstellen bzw. zum Thema Trennung und Scheidung
- Hilfsangebote von Jobcenter und Wohnungslosenhilfe
- die Kooperation des WABe e.V. mit anderen freien Trägern, der FH Aachen und zum Monitoring des Themas durch die Kommunalpolitik angesprochen.

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 10/26

Im Anschluss an den ergänzenden Hinweis von Herrn Deumens, dass die Fachverwaltung die Zwischenfinanzierung befürworte, ergeht einstimmig folgender Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zum EhAP-Projekt „Auffallen - Aufsuchende Beratung wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen“ zur Kenntnis und beschließt, die Personalkosten wie beantragt zwischen zu finanzieren.

zu 6 Soziale Maßnahmen hinsichtlich der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten - es wird mündlich berichtet-

Zunächst berichtet Herr Maul von der STAWAG zum Thema. Er trägt die Powerpoint-Präsentation „Entwicklung Energiemärkte und Maßnahmen der STAWAG“ vor. Die Präsentation findet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift.

Inhaltlich geht Herr Maul auf folgende Themenkomplexe ein:

- Entwicklung der Beschaffungspreise für Elektrizität und Gas
- Steigende Preise und fehlende Liquidität als Folgen
- Politische und gesetzgeberische Gegenmaßnahmen
- Einrichtung eines internen Krisenstabs als Reaktion der STAWAG
- Auswirkungen für die Kund*innen der STAWAG, insbesondere Gaspreiserhöhung voraussichtlich zum 01.11.2022 und Strompreiserhöhung nicht vor dem 01.01.2023
- Tarifvergleich „Grundversorgung“ - „Sondervertrag“
- Flankierende Maßnahmen im Zuge von Preiserhöhungen, z. B. Verstärkung im Kund*innenservice, sorgfältige Prüfung von Erhöhungen von Abschlagszahlungen, einseitiges Kürzungsrecht der Kund*innen bei Abschlägen, proaktives Angebot von Ratenzahlungsplänen, Mahn- und Sperrwesen, Abwendungsvereinbarungen usw.
- Ausbau der Schuldner*innenberatung in Kooperation mit der Verbraucherzentrale zur Verhinderung von Energiesperren
- Erweitertes Angebot mit Kooperationspartner*innen beim „Stromsparcheck“

Anschließend berichtet Frau Wagner, Verbraucherzentrale Aachen. Mit eindringlichen Worten weist sie die Anwesenden darauf hin, dass sie als Beraterin gegenwärtig faktisch kein anderes Thema als Energieberatung mehr kenne. Hauptfragen der rat- und hilfesusuchenden Bürger*innen ergäben sich zum einen aus der hohen Sparbereitschaft, z. B.: „Was kann ich vorsorglich tun?“, „Wie kann ich sparen?“. Weiter kämen verstärkt Anfragen wie „Wie kann ich in den Grundversorgungstarif der STAWAG/des örtlichen Versorgers zurückkehren?“. Ein dritter Komplex von Anfragen betreffe Zahlungsschwierigkeiten im Hinblick auf höhere Abschlagszahlungen an den Energieversorger bzw. höhere Betriebskostenvorauszahlungen an Wohnraumvermieter*innen.

In einem gesonderten Teil ihres Berichts geht Frau Wagner außerdem auf die Hilfs- und Beratungstätigkeit des Jobcenters ein.

Zusammenfassend hebt Frau Wagner besonders hervor, dass aus ihrer Sicht und im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Gruppe der „Labouring Poor“ die größten Schwierigkeiten haben würde, finanziell durch den Winter zu kommen. Kritisch zu bewerten seien beispielsweise Fälle, in denen die Notwendigkeit neu hinzukommender, erhöhter Abschlags- oder Vorauszahlungen auf bereits laufende Ratenzahlungsvereinbarungen treffen würden. Es müsse deshalb dringend geklärt werden, wie in solchen Fällen Energiesperren zu verhindern seien.

Frau Wagner spricht sich im Ergebnis für weitere Hilfspakete auf den verschiedenen politischen Ebenen aus. Wichtig sei vorrangig, dass die finanziellen Hilfen auch noch rechtzeitig vor etwaigen Energiesperren bei den Betroffenen ankommen würden. Im Rahmen ihrer tagtäglichen Beratungstätigkeit bei der Verbraucherzentrale verweise sie Hilfesuchende bereits jetzt darauf, rein präventiv möglichst frühzeitig Aufstockungs- und Wohngeldleistungen zu beantragen.

Verschiedene Ausschussmitglieder, u. a. Herr Schäfer, Frau BMin Scheidt und Frau Braun danken Frau Wagner und Herrn Maul für ihre Vorträge. Im Anschluss beantworten Frau Wagner und Herr Maul Nachfragen.

Zur Frage nach den eigenen Möglichkeiten der STAWAG, Mieter*innen und Verbraucher*innen ohne spürbares individuelles Einsparpotenzial bei der Abwendung von Energiesperren zu helfen, verweist Herr Maul auf die Möglichkeit der Berücksichtigung sozialer Kriterien im Rahmen der Abwägungsentscheidung im Vorfeld von Energiesperren, den fakultativen Einsatz von „Prepaid-Zählern“ sowie die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen der Gesamtschuldnerberatung und die Möglichkeit der Beantragung von Wohngeld.

Hinsichtlich der Frage von Frau Braun nach der Reichweite der Informationskampagne der STAWAG zum Thema „Energiesparen“ informiert Herr Maul, dass die STAWAG seit langem den „Stromsparcheck“

unterstütze und in Kürze das zusätzliche Angebot einer „Basisberatung Heizen“ starten werde. Damit sei eine hinreichende Erreichbarkeit der Aachener Kund*innen gewährleistet.

Frau Wagner appelliert vor dem Hintergrund der Berücksichtigung sozialer Kriterien seitens der STAWAG an die Betroffenen, soziale Notlagen gegenüber der STAWAG offen und ehrlich anzusprechen und nicht aufgrund eines falschverstandenen Schamgefühls zu lange zurückzuhalten. Nur wenn die STAWAG beispielsweise rechtzeitig vom haushaltsangehörigen Kind im Säuglingsalter erfahre, könne sie aus humanitären Gründen eine an sich gerechtfertigte Energiesperre abwenden.

Frau BMin Scheidt hebt in ihrem Wortbeitrag folgende Punkte hervor:

- Die Erwartung, dass die STAWAG eigene Gewinne im Bereich der „Erneuerbaren“ in der derzeitigen überhitzten Marktsituation kostendämpfend in die Preisbildung einbeziehe.
- Den Wunsch an die Öffentlichkeit, den verschiedenen Entlastungspaketen der Bundesregierung auch die nötige Zeit zu geben, damit sie ihre Wirkung entfalten könnten.
- Den Appell an die Mieter*innen, einstweilen Ruhe zu bewahren, und sich nicht von Vermieter*innen zu erheblich höheren Betriebskostenvorauszahlungen drängen zu lassen, bevor die preisdämpfenden Wirkungen des neuen Entlastungspakts der Bundesregierung vom 29.09.2022 absehbar würden.

Darüber hinaus betont sie den Wert der STAWAG als kommunal beherrschtes Energieversorgungsunternehmen für die Bürger*innen in Aachen in der aktuellen Situation.

Am Ende ihres Beitrags bittet sie darum, dass der Ausschuss ab sofort fortlaufend über die Beratungen und Ergebnisse des Runden Tisches zur Energiekrise, der von Frau Oberbürgermeisterin Keupen geleitet wird, informiert wird.

Dafür schlägt Frau BMin Scheidt einen ständigen Tagesordnungspunkt für die Ausschusssitzungen vor. Das trifft auf einhellige Zustimmung.

Für die Verwaltung fasst Herr Tönnes den aktuellen Sachstand der Beratungen des Runden Tisches „Energiekrise“ zusammen. Demnach habe der Runde Tisch sich am 14.09.2022 zu seiner ersten Sitzung getroffen. Beratungsgegenstand seien u. a. die verschiedenen Entlastungspakete der Bundesregierung gewesen. In diesem Zusammenhang weist Herr Tönnes auf die Tischvorlage der Verwaltung zu TOP 6 („Maßnahmen Entlastungspakete Bundesregierung“) hin, die sich ebenfalls in der Anlage zu dieser Niederschrift findet. Er geht auf die geplante Wohngeldreform ein, die den Kreis der Anspruchsberechtigten verdreifachen und die Zuwendungen deutlich erhöhen werde. Nach Auskunft der Wohngeldstelle habe sich die Anzahl der Anträge und Anfragen in Aachen bereits jetzt deutlich erhöht. Als weitere realistische und geeignete Hilfen für den Personenkreis, der aufgrund der Krise erstmalig auf

Unterstützung angewiesen sei, nennt Herr Tönnies das neue Bürgergeld, ab 01.01.2023, und das neue Wohngeld.

Frau van der Meulen stellt für die Antragstellerin den erweiterten Beschlussvorschlag der Fraktion „DIE LINKE“ zu TOP 6 vor:

„Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verbraucherzentrale, der STAWAG sowie der Verwaltung zur Kenntnis.

Darüber hinaus fasst er folgende Beschlüsse:

- 1. Die Stadt Aachen richtet einen Härtefallfonds in Höhe von 100.000 Euro ein. Die Verwaltung wird beauftragt, Kriterien zu erarbeiten, nach denen Menschen, die ihre Strom- und Gasrechnung nicht bezahlen können, aus dem Fonds unterstützt werden.*
- 2. Die STAWAG wird aufgefordert, angesichts der dramatisch steigenden Energiekosten die Strom- und Gassperren auszusetzen.*
- 3. Der Ausschuss erwartet von der Bundesregierung, ein gesetzliches Verbot von Energiesperren auf den Weg zu bringen.“*

Frau van der Meulen verweist auf einen vorangegangenen Antrag, den ihre Fraktion bereits im Frühjahr zum selben Thema gestellt hatte. Ziel des Antrags sei die unbürokratische und schnelle Hilfe für die im Rahmen der Aussprache mehrfach thematisierte Gruppe der „Labouring Poor“. Ein vergleichbarer Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld habe bereits Gutes bewirkt. Bielefeld habe auch einen Katalog der Förderkriterien erarbeitet und beschlossen.

Herr Schäfer kündigt für die SPD-Fraktion an, der erweiterten Beschlussfassung der Fraktion „DIE LINKE“ nicht zuzustimmen. Er bittet die Verwaltung stattdessen weitere Vorschläge zur Bekämpfung der Energiearmut zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang verweist Herr Schäfer auf den Runden Tisch „Energiekrise“ unter der Leitung von Frau Oberbürgermeisterin Keupen. Herr Schäfer wirbt dafür, statt Schnellschüssen in Antragsform vorerst die Auswirkungen der verschiedenen Entlastungsmaßnahmen von Bundes- und Landesregierung abzuwarten. Falls nötig werde seine Fraktion dann zu gegebener Zeit einen eigenen Antrag zum Thema einbringen.

Frau Braun schließt sich für die GRÜNE-Fraktion der Einschätzung von Herrn Schäfer an. Auch sie plädiert dafür, einstweilen die Wirksamkeit der bereits beschlossenen Hilfsmaßnahmen abzuwarten und ggf. nachzusteuern.

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 14/26

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Tillmanns, die Intention der Fraktion „DIE LINKE“ gut nachvollziehen zu können. Gerade auch aus seiner beruflichen Arbeit als gesetzlicher Betreuer heraus seien ihm die aktuellen Notlagen u. a. von Rentner*innen sehr gut bekannt. Im Ergebnis kündigt Herr Tillmanns an, dass die CDU-Fraktion gegen den erweiterten Beschlussentwurf der LINKEN stimmen werde. Er spricht sich dafür aus, einerseits die Wirksamkeit der Hilfspakete von Bund und Land abzuwarten und andererseits mögliche zusätzliche Hilfen auf kommunaler Ebene im Gesamtzusammenhang der in Kürze beginnenden Beratungen über den städtischen Haushalt 2023 zu diskutieren. Grundsätzlich zeigt sich Herr Tillmanns offen für die spätere Beratung eines ggf. notwendig werdenden kommunalen Hilfsprogramms im Ausschuss.

Am Ende der Aussprache nimmt Frau Grehling für die Verwaltung Stellung. Sie stellt klar, dass der Ausschuss - falls er mehrheitlich im Sinne des Beschlussvorschlags der Fraktion DIE LINKE beschließen wolle - lediglich einen Empfehlungsbeschluss an den Rat auf den Weg bringen könne und informiert darüber, dass eine Verwaltungsvorlage mit vergleichbarer Zielrichtung (Energiefonds) dem Finanzausschuss noch zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werde.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Deumens, ruft zunächst den erweiterten Beschlussvorschlag der Fraktion „DIE LINKE“ zur Abstimmung auf. Mit 14 „Nein“-Stimmen und drei „Ja“-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Anschließend beschließt der Ausschuss einstimmig im Sinne des (ursprünglichen) Beschlussvorschlags der Verwaltung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verbraucherzentrale, der STAWAG sowie der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 7 Bericht von Solwodi zur Vernetzung niedrigschwelliger Angebote im Bereich der Prostitution - TO-Antrag der Fraktionen Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, FDP, Die Linke -

Frau Decker, die Bundesvorsitzende von Solwodi e. V., berichtet dem Ausschuss über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Sexarbeit in Aachen. Sie skizziert die Entwicklung der Sexarbeit in der Antoniusstraße seit Beginn der Pandemie und beschreibt die Auswirkungen auf die Sexarbeiterinnen. Außerdem geht Frau Decker auf den Wunsch vieler Sexarbeiterinnen, in ihre Heimat zurückzukehren, die Auswirkungen der Energiekrise, einen nachweisbaren Trend zur Sexarbeit im Internet und zur Wohnungsprostitution hin, ein. Am Ende ihres Vortrags berichtet Frau Decker zu Fallzahlen und Inhalte der Einzelfallberatung in Aachen.

Frau Brammertz dankt Frau Decker für ihre Ausführungen. Im Namen der Mitglieder des Arbeitskreises Prostitution kritisiert Frau Brammertz die Beratungstätigkeit von Solwodi e. V. in Aachen scharf. Kritikpunkte sind vor allem die fehlende telefonische Erreichbarkeit der Berater*innen von Solwodi für hilfesuchende Sexarbeiterinnen im Sommer 2022 (Erreichbarkeit weder über Festnetztelefon noch über Handy gegeben), mangelndes Engagement von Solwodi u. a. im Bereich der proaktiven bzw. aufsuchenden Beratungs- und Hilfsangebote für Sexarbeiterinnen im Bereich der Internetprostitution und der Nicht-Aussteigerinnen, das Fehlen eines Folgeangebots für die „Lumina“-Wohnung sowie die Priorisierung des „Nordischen Modells“ im Vereinszweck und im Rahmen der Beratungstätigkeit von Solwodi. Aufgrund der Identifizierung von Solwodi mit dem Nordischen Modell, das der geltenden Rechtslage in Deutschland im Prostitutionsschutzgesetz diametral gegenüberstehe, sehen die Mitglieder des AK Prostitution die Grundlage für eine vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit mit Solwodi in Aachen fundamental in Frage gestellt, so Frau Brammertz.

Als Ergebnis dieser Vertrauenskrise fordere der AK Prostitution Solwodi e. V. auf, ab sofort und fortlaufend ausführliche schriftliche Tätigkeitsberichte und Verwendungsnachweise zu verfassen und an den Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration, den Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie und den AK Prostitution zu übermitteln.

Frau Decker sagt zu, die geforderten Berichte und Nachweise liefern zu wollen und zeigt sich auch für darüberhinausgehende Informationen offen. Im Hinblick auf die laut Vereinszweck gegebene Verknüpfung von Vereinszweck und „Nordischem Modell“ stellt Frau Decker klar, dass Solwodi unabhängig von dieser Präferenz in der Praxis Beratung und Hilfe für alle Sexarbeiterinnen anbiete. Schließlich äußert sie den Wunsch, nun gemeinsam mit dem AK Prostitution und den Aachener

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 16/26

Akteur*innen nach einem Folgekonzept für die Lumina-Wohnung suchen zu wollen und wünscht sich, die Arbeit von Solwodi in Aachen fortsetzen zu können.

Im weiteren Debattenverlauf sprechen Frau van der Meulen und Frau Braun die Thematik eines bestehenden Kommunikationsproblems zwischen Solwodi und dem AK Prostitution, einen konkreten Einzelfall einer Schwangerschaftsvertretung einer Beraterin, sowie den Wunsch des AK Prostitution/der Ratsfraktionen nach einer Kooperation der Beratungsangebote von Solwodi mit den verschiedenen Beratungsangeboten rund um den Kaiserplatz an.

Die Erläuterung von Frau Decker, aufgrund welcher fachlicher Überlegungen Solwodi bisher keine Beratungen im Bereich des Kaiserplatzes angeboten hat, stößt im Ausschuss auf Ablehnung.

Frau Krott spricht vor diesem Hintergrund noch einmal das Problem der telefonischen Nichterreichbarkeit im Sommer an und fordert eine schriftliche Aufklärung und die Anfertigung schriftlicher Tätigkeitsberichte sowie eine Eigenerklärung, wie die Arbeit von Solwodi unter dem Rechtsregime des Prostituiertenschutzgesetzes funktionieren könne. Außerdem spricht sich Frau Krott für eine Wiedervorlage des heutigen Tagesordnungspunkts im Ausschuss aus.

Frau BMin Scheidt weist Frau Decker in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass die Beratung aller hilfesuchenden Sexarbeiterinnen in Aachen unabhängig davon, ob es sich um Sexarbeit im Bordell, im Internet oder am Kaiserplatz handele, allerhöchste Priorität für den AK Prostitution und die Ratsfraktionen habe. Sie fordert Frau Decker und Solwodi dazu auf, das bisherige Geschäftsmodell von Solwodi notwendigenfalls zu ändern oder anzupassen. Außerdem stellt Frau BMin Scheidt fest, dass Politik und Arbeitskreis im Sinne der Hilfe und eines menschenwürdigen Lebens der betroffenen Sexarbeiterinnen auf einer Beratung aller Sexarbeiterinnen, unabhängig vom Vorliegen eines Ausstiegswunsches und der gewählten Form der Sexarbeit insistieren würden.

In ihrem abschließenden Wortbeitrag betont Frau Decker nochmals, dass

- das „Nordische Modell“ die tägliche Beratungstätigkeit in Aachen ihrer Auffassung zufolge nicht beeinflusse,
- das Kriterium „Ausstiegswunsch“ ihres Erachtens nach keine Voraussetzung für Beratung und Hilfe durch Solwodi sei,
- Solwodi ihrer Meinung nach in Aachen stets mehr Sexarbeiterinnen als die Gruppe der Ausstiegswilligen beraten habe,
- Solwodi ihres Wissens bereits heute Kontakte zu Sexarbeiterinnen im Bereich der Sexarbeit im Internet habe und über einen ausreichenden Datenbestand zur sofortigen und proaktiven Kontaktaufnahme zu Sexarbeiterinnen im Internet verfüge.

Herr Deumens dankt Frau Decker dafür, dass sie dem Ausschuss Rede und Antwort gestanden habe. Er äußert die Einschätzung, dass die in der Diskussion erkennbar gewordenen inhaltlichen Differenzen zu groß seien, als dass sie hier und heute kurzfristig aufzulösen seien.

Entsprechend dem Diskussionsverlauf schlägt Herr Deumens vor, die regelmäßige Übermittlung von Tätigkeitsberichten mit in den Beschlusstext aufzunehmen. Das trifft auf Zustimmung.

Insofern ergeht einstimmig folgender - geänderter - Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Bericht von Solwodi zur Kenntnis und bittet Solwodi um die Übermittlung regelmäßiger Tätigkeitsberichte, die dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

zu 8 Bericht über die Entwicklung der Versorgungssituation suchtkranker und wohnungsloser Menschen - TO-Antrag der SPD-Fraktion - es wird mündlich berichtet

Auf Nachfrage von Herrn Schäfer, u. a. zu möglichen Folgeangeboten für St. Peter, erläutert Herr Tönnies den aktuellen Sachstand. Herr Tönnies geht kurz auf die Vorgeschichte ein und erwähnt z. B. das pandemiebezogene Angebot in St. Peter und dessen Auslaufen zum 31. Mai 2022 im Hinblick auf vorzugswürdige dezentrale Strukturen in den Hilfen für Wohnungslose und den Hilfen für Suchtkranke. Anschließend geht Herr Tönnies auf den Prozess der Suche nach einer neuen Örtlichkeit seit der letzten Ausschusssitzung ein. Dazu habe es im September verschiedene Treffen mit der Caritas gegeben. Eine unmittelbare Verlagerung an den von der Verwaltung priorisierten Standort an der Beginenstraße sei nicht möglich, da ein Umbau während des laufenden Betriebs, anders als ursprünglich erwartet, nicht erfolgen könne. Ein gemeinsamer Besichtigungstermin der als Alternative möglicherweise in Betracht kommenden städtischen Liegenschaften an der Reumontstraße habe mittlerweile stattgefunden. Im Anschluss daran sei die Veröffentlichung des Papiers „Ermöglichungskultur für die Innenstadtentwicklung“ durch die Caritas erfolgt. Herr Tönnies weist darauf hin, dass das notwendige baurechtliche Genehmigungsverfahren für den Standort Reumontstraße günstigstenfalls zwei Monate lang dauern werde. Herr Tönnies hält fest, dass insgesamt ein Mangel an räumlichen Alternativmöglichkeiten bestehe und im Rahmen einer Gesamtbetrachtung bei der Suche zu beachten sei, dass nach wie vor ein Bedarf an zusätzlichen Räumen zur Unterbringung von geflüchteten Menschen

bestehe. Abschließend verleiht Herr Tönnies seiner Freude darüber Ausdruck, dass sich das Hilfsangebot am Kaiserplatz mit der Wiedereröffnung des „Kiosk Troddwar“ am Vortag wieder verbessere.

Im Anschluss nimmt Frau Grehling zur aktuellen Situation der Hilfen für Wohnungslose und der Hilfen für Suchtkranke Stellung: Sie betont, dass die beschleunigte Schaffung des notwendigen Baurechts für den Standort Reumontstraße verwaltungsseitig angestrebt werde. Allerdings seien aufgrund des noch laufenden Verfahrens derzeit keine Prognosen auf der Zeitachse möglich. Im Hinblick auf den bisherigen Diskussionsprozess zwischen Politik, Verwaltung und Caritas merkt Frau Grehling an, dass bisher noch kein vom Ausschuss beratenes und verabschiedetes neues Fachkonzept für die Hilfen für Wohnungslose und der Hilfen für Suchtkranke in Aachen vorliege, welches wiederum Grundlage für ein neues noch zu beratendes Raumkonzept der entsprechenden Hilfen sein müsse. Im Ergebnis zeigt sich Frau Grehling damit einverstanden, dass diese grundlegenden konzeptionellen Fragen im Interesse der hilfsbedürftigen Menschen im Ausschuss erst einmal zurückgestellt würden und jetzt die Findung des Standorts für eine Zwischenlösung prioritär zum Abschluss gebracht würde. Nichtsdestoweniger sei der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie aufgerufen, die wichtigen fachlichen und konzeptionellen Grundsatzbeschlüsse herbeizuführen. Aus ihrer Sicht als Dezernentin für den Bereich „Recht und Ordnung“ warnt Frau Grehling im Hinblick auf die Standortauswahl für Hilfsangebote vor einer Überforderung bestimmter Nachbarschaften bzw. öffentlicher Räume. Bezogen auf die konkret diskutierten Standorte für Interimslösungen sei die Verwaltung zurzeit dabei, die nötigen Abstimmungen herbeizuführen.

Herr Verholen erhält vom Ausschussvorsitzenden die Möglichkeit eingeräumt, die aktuelle Situation aus Sicht der Caritas zu bewerten. Herr Verholen dankt für diese Möglichkeit, stimmt den Ausführungen von Herrn Tönnies zu und bestätigt die Feststellung, dass der Ausschuss bisher noch kein fachliches Gesamtkonzept für die Hilfen verabschiedet habe. Im Rahmen seines Statements bekräftigt Herr Verholen den Wunsch der Caritas nach einer Lösung, welche die Raumfrage endgültig klärt. Darüber hinaus verweist Herr Verholen auf den Aspekt, dass die Caritas in 80% der Fälle in der Lage sei, den Raumbedarf für die Wahrnehmung eigener Aufgaben selbst zu decken. Dies sei aufgrund der Sondersituation der Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Aufgaben im Rahmen der Suchthilfe und wegen der Fokussierung der Öffentlichkeit auf die Standortsuche/-findung hier nicht der Fall. Zudem weist Herr Verholen auf die im Rahmen der Sucht- und Wohnungslosenhilfe eingebrachten Eigenmittel der Caritas in Höhe von 250.000 Euro hin. Zusammenfassend spricht sich Herr Verholen im Sinne einer funktionierenden passgenauen Hilfe für die Betroffenen für einen Interimsstandort in der Innenstadt aus.

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 19/26

Herr Schäfer meldet sich zu Wort und lobt den Prozess der gemeinsamen Suche nach einer Lösung. Im Namen der SPD-Fraktion stellt er einen geänderten Beschlusstext mit folgenden Eckpunkten vor:

1. Kenntnisnahme der von der Verwaltung gemachten Ausführungen
2. Beauftragung der Verwaltung, dem Ausschuss ein Fachkonzept für die Sucht- bzw. Wohnungslosenhilfe und geeignete Örtlichkeiten für Hilfsangebote zur Befassung vorzulegen
3. Beauftragung der Verwaltung, die Nutzung der „Beginenstraße“ als langfristige Lösung und einen kurzfristigen Bezug der „Reumontstraße“ zu prüfen
4. Beauftragung der Verwaltung, die Politik zeitnah über die Ergebnisse dieser Prüfaufträge zu unterrichten.

Frau Braun erklärt, dass der von Herrn Schäfer vorgestellte Beschlussvorschlag mit der GRÜNEN-Fraktion abgestimmt sei und kündigt die Unterstützung der Vertreter*innen der Grünen im Ausschuss an. Außerdem dankt Frau Braun der Caritas für die Wiedereröffnung des „Kiosk Troddwar“.

Herr Tillmanns begrüßt die Standortfindung an der Reumontstraße aus Sicht der CDU-Fraktion und legt Wert auf die Feststellung, dass weiter ungeklärt sei, wo geeignete Standorte für ein dauerhaftes Hilfsangebot liegen könnten, weil dafür nicht das notwendige Fachkonzept bzw. Raumkonzept vorliegen würde. Außerdem regt Herr Tillmanns eine Änderung des geänderten Beschlusstextes von GRÜNEN und SPD an. Die Formulierung von Prüfanträgen sei zwar zustimmungsfähig, allerdings wünsche er sich eine vorrangige Prüfung des Standorts Reumontstraße als Interimslösung und keine Fixierung der Prüfung für einen geeigneten dauerhaften Standort auf den Standort Beginenstraße.

Frau Grehling informiert, dass die Verwaltung den Prüfauftrag von GRÜNEN/SPD als Auftrag zur kurzfristigen Umsetzung des Standorts Reumontstraße als Interimslösung begreife. Außerdem macht sie deutlich, dass aus Verwaltungssicht wünschenswert wäre, im Prüfauftrag auf die Festlegung von Standort „a“ und/oder „b“ zu verzichten, da die Standortsuche aufgrund des durch den Ausschuss bisher nicht verabschiedeten Fachkonzepts schwierig sei.

Nachdem Herr Schäfer für die antragstellenden Fraktionen erklärt hat, an dem geänderten Beschlussvorschlag festhalten zu wollen, formuliert Herr Tillmanns folgenden alternativen Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der Caritas ein Konzept für die Suchthilfe zu entwickeln und die Realisierbarkeit der beiden Standorte „Beginen-“ und „Reumontstraße“ zu prüfen und

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 20/26

dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Frau BMin Scheidt weist darauf hin, dass ihr in der aktuellen Debatte folgende Punkte wichtig sind:

- dass im Rahmen der laufenden Standortdebatte/-suche das Signal an die Mitarbeitenden der Suchhilfe gesendet werde, dass Planungssicherheit bestehe
- dass die Arbeit an einem Fachkonzept zur Hilfeleistung im Ausschuss weiter gehe
- dass der Ausschuss auch im Rahmen der derzeitigen Standortsuche an ihren früheren Entscheidungen für ein dezentrales Standort- und Unterbringungskonzept in der Hilfeleistung festhielten; auch sie wolle keine zentrale Bündelung aller Angebote an einem Ort.

Herr Schäfer erklärt, grundsätzlich am Beschlussvorschlag der Fraktionen „Die GRÜNEN“ und „SPD“ festhalten zu wollen, bietet aber an, den Beschluss um den Punkt „Erarbeitung und Verabschiedung eines Fachkonzepts der Hilfeleistung“ zu ergänzen.

Daraufhin schlägt Herr Tillmanns eine geänderte Variante seines Beschlussvorschlags vor:

„Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der Caritas schnellstmöglich ein Konzept zu entwickeln und die Möglichkeit einer langfristigen Nutzung des Standorts „Begenstraße“ zu prüfen und dem Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie unterstützt den kurzfristigen Umzug an den Standort „Reumontstraße“.“

Diese Formulierungsvariante trifft auf allgemeine Zustimmung.

Entsprechend beschließt der Ausschuss einstimmig und abweichend vom ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der Caritas schnellstmöglich ein Konzept zu entwickeln und die Möglichkeit einer langfristigen Nutzung des Standorts „Begenstraße“ zu prüfen und dem Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie unterstützt den kurzfristigen Umzug an den Standort „Reumontstraße“.

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 21/26

zu 9 Vergabe von Mitteln aus dem Stadteifonds

Vorlage: FB 56/0207/WP18

Ohne vorherige Aussprache wird einstimmig beschlossen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demografie beschließt die Förderung des Projektes „Weihnachtsmarkt in Richterich 02. - 04.12.2022“ aus Mitteln des Stadteifonds.

zu 10 Den Wohnwandel beforschen – Auswirkungen der Energiekrise auf das Wohnen

Vorlage: FB 56/0214/WP18

Herr Tönnies führt kurz in die Thematik ein. Danach beantwortet er Nachfragen von Ausschussmitgliedern, u. a., ob die Untersuchung ggf. auf die kleinteiligen Sozialräume in Aachen abstellen könne und nach der Erforderlichkeit dieser neuen Untersuchung vor dem Hintergrund möglicherweise bereits vorliegender Daten (Mikrozensus).

Herr Deumens weist am Ende des Tagesordnungspunkts darauf hin, dass aufgrund der zunehmenden Anzahl von Krisen in der Welt die Bedeutung des Themas voraussichtlich noch weiter zunehmen werde. Er halte aus diesem Grund auch ein weiteres Update des Sozialentwicklungsplans für notwendig und wahrscheinlich.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss, die Verwaltung mit der Durchführung des Forschungsprojektes zum Wohnwandel zu beauftragen.

zu 11 Unterbringung von Geflüchteten; Sachstandsbericht der Verwaltung

Maßnahmen

Vorlage: FB 56/0209/WP18

Frau van der Meulen und Frau Braun sprechen den möglichen Fortfall der Übergangswohneinrichtung „Heidbendenstraße“ im Zuge der Entwicklung beim Thema „Feuerwache IV“ bzw. „Interimsfeuerwache“ und die hohe Auslastungsquote der bestehenden Übergangswohneinrichtungen an.

Frau BMin Scheidt plädiert angesichts von zukunftsweisenden Investitionen in anderen Politikbereichen, z. B. Neues Kurhaus, für die Planung und den Neubau zeitgemäßer, vernünftig ausgestatteter Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete und wohnungslose Menschen seitens der Stadt Aachen. Sie verweist auf die bewusste Entscheidung der Stadt Roetgen, eine bestimmte Turnhalle nicht zu Unterbringungszwecken zu nutzen. Außerdem erwähnt sie das Problem leerstehender Wohnungen in Aachen und sieht auch das Bistum Aachen mit seinen insgesamt 6.500 Mietwohnungen in Aachen bei der Thematik in der Pflicht.

Frau van der Meulen schließt sich dem Votum von Frau BMin Scheidt an und bittet die Verwaltung um Vorlage einer Liste von Objekten, die aufgrund von Leerstand bzw. im Rahmen einer Umnutzung als Wohneinrichtung genutzt werden könnten.

Frau Grehling und Herr Tönnies informieren für die Verwaltung darüber, dass

- der im Februar eingerichtete Krisenstab zusammen mit der Bauaufsicht kontinuierlich weiter nach geeigneten Liegenschaften für die Flüchtlingsunterbringung suche
- bedauerlicherweise eine große Zahl auf den ersten Blick geeignet erscheinender Objekte aus Gründen des Brandschutzes oder anderen Gründen im Zuge der Eignungsprüfung scheitere
- die Stadt Aachen finanziell bereits erhebliche Anstrengungen für eine qualitativ gute Unterbringung der Ukraine-Flüchtlinge unternommen habe, indem sie z. B. die Zeltstadt auf Siegel als Ankunftszentrum implementiert habe und indem sie prinzipiell nach Möglichkeit Menschen nicht bzw. nicht länger als unbedingt nötig in Turnhallen unterbringe
- man sich verwaltungsseitig vom Land NRW stimmigere Prognosen über die zu erwartenden Flüchtlingszahlen wünsche, um besser planen und arbeiten zu können

Der Ausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin fachbereichsübergreifend intensiv an der Akquise neuer Ressourcen zu arbeiten. Dazu gehört insbesondere auch die Prüfung geeigneter Flächen zur Aufstellung mobiler Wohneinheiten. Dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie ist über die Ergebnisse kontinuierlich zu berichten.

zu 12 Entwicklungen Aachen-Pass - TO-Antrag der Fraktion Die Linke vom 31.08.2022

Vorlage: FB 56/0213/WP18

Für die Verwaltung skizziert Herr Tönnies den aktuellen Sachstand: Die Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt und Jobcenter liege zur Unterschrift beim Jobcenter. Die datenschutzrechtliche Freigabe werde voraussichtlich in Kürze erteilt. Das Abstimmungsverfahren mit dem Jobcenter werde nach derzeitigem Stand in der 41. Kalenderwoche beendet.

Danach ergeht folgender einstimmiger Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

Aktuelle Situation

- zu 13** a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG
b) in den Übergangsheimen
c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge/Nationenstatistik
Vorlage: FB 56/0210/WP18

Ohne vorherige Debatte einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung - öffentlicher Teil -

Herr Tönnes informiert über den Stand des Ausschreibungsverfahrens betreffend die Betreuung und Versorgung der geflüchteten Menschen. Nach der Aufhebung der Ausschreibung infolge von Mängeln und der zwischenzeitlich erfolgten Neuausschreibung, konnte zum 1. Oktober 2022 ein neuer Rahmenvertrag über die Betreuungsleistungen in städtischen Übergangsheimen mit dem Deutschen Roten Kreuz abgeschlossen werden.

Außerdem fasst Herr Tönnes den aktuellen Sachstand im Bereich der sog. Notunterkünfte zusammen: Für die im Rahmen der Ukrainekrise zusätzlich bereit gestellten Unterkünfte seien aufgrund der besonderen Dringlichkeit die Betreuungs- und Sicherheitsdienstleistungen für die Zeit vom 01.04. bis 30.09.2022 per Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb vergeben worden. Diese Leistungen würden nun ab dem 01.10.2022 per Auftragsänderung, bis maximal 50 % des bisherigen Auftragsvolumens, verlängert. Weil Stand heute, davon auszugehen sei, dass die zusätzlichen Kapazitäten und damit einhergehend auch die externen Dienstleistungen weiterhin benötigt werden würden, werde verwaltungsseitig derzeit die europaweite Ausschreibung vorbereitet. Der schriftliche Bericht der Abteilung FB 56/500 „Übergangswohnen“ findet sich in der Anlage zu dieser Niederschrift.

Der öffentliche Teil der Ausschusssitzung endet um 20:37 Uhr.

«SINAME»

Ausdruck vom: 16.11.2022

Seite: 25/26